Gerhard Dassow

Die Auflösung des Staates Preußen

Vorwort

Das Gesetz Nr. 46 des Alliierten Kontrollrats vom 25. Februar 1947 stellt mit der förmlichen Auflösung des Staates Preußen zweifellos ein Schlüsseldokument aus der neueren deutschen Geschichte dar: Die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs verfügten das Ende eines Staates, der die Entwicklung der neuzeitlichen Geschichte Deutschlands und Europas tiefgehend geprägt hat. Die historische Bewertung, die dieser Staat erfahren hat, ist sehr unterschiedlich ausgefallen; sie schwankt zwischen der Bewunderung für die Inkarnation staatlicher Vernunft auf der einen, der Verurteilung des obrigkeitsstaatlichen preußischen Militarismus als Hauptursache für die „deutsche Katastrophe“ der Gewaltpolitik in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts (Friedrich Meinecke) auf der anderen Seite. Von dieser Sichtweise waren die alliierten Siegermächte geleitet, als sie Preußen symbolisch den Totenschein ausstellten und damit doch nur besiegelten, was durch den totalen Zusammenbruch des nationalsozialistischen Großdeutschen Reiches längst historische Realität geworden war.

Die hier publizierte Masterarbeit nimmt das Spannungsfeld zwischen den Leitbegriffen „Schlüsseldokument“ und „Totenschein“ genauer in den Blick und vermag so vor allem die konkrete historische Bedeutung des Kontrollratsgesetzes Nr. 46 im Kontext der deutschlandpolitischen Planungen und Entscheidungen bei Kriegsende genauer zu bestimmen. Ihr Autor Dr. Gerhard Dassow ist in mancher Hinsicht ein typischer Student der FernUniversität in Hagen: Beruflich als Betriebswirt schon lange erfolgreich, hat er sich einen Jugendwunsch erfüllt und voller Engagement ein Geschichtsstudium absolviert. Nicht nur wegen seiner Herkunft aus den brandenburgischen Kernlanden hat er sich dabei vor allem auf die Geschichte Preußens konzentriert und im Studium zugleich herausragende Leistungen erbracht. Davon zeugt nicht zuletzt schon die Veröffentlichung einer überarbeiteten Fassung seiner Hausarbeit über die Vorstellungen des Preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun zur Reform des Föderalismus der Weimarer Republik im renommierten „Journal der Juristischen Zeitgeschichte“. In diesem Buch geht es ihm nun in allgemeiner Weise um das Verhältnis zwischen der „deutschen“ und der „preußischen“ Frage am Ende des Zweiten Weltkrieges.

Von besonderer Bedeutung scheinen mir dabei die zentralen Ausführungen über die Entstehungs- und Wirkungsgeschichte des Kontrollratsgesetzes 46 zu sein. Die zentrale Rolle der Auflösung Preußens im Zusammenhang der sich konkretisierenden deutschlandpolitischen Planungen der Alliierten wird ebenso überzeugend herausgearbeitet wie die anhaltende Bedeutung, die der förmlichen Auflösung des größten deutschen Einzelstaates auch nach dem längst vollzogenen faktischen Ende für die Eingrenzung, Aufteilung und schließlich auch für die Spaltung Deutschlands zugekommen ist. Wie gezeigt wird, waren auch die inhaltlichen Überlegungen zur Gestaltung eines neuen, demokratischen und friedensfähigen Deutschland sowohl in der westlich-demokratischen als auch in der sowjetischen Form zutiefst geprägt von Vorstellungen über die historische Rolle Preußens.

Man muss nicht mit dem vielleicht etwas nostalgischen Plädoyer Gerhard Dassows für die Bildung eines Bundeslandes „Brandenburg-Preußen“ übereinstimmen, um seiner die vielfältigen Zusammenhänge, Voraussetzungen und Folgen der alliierten Auflösung Preußens systematisch darlegenden Arbeit ein interessiertes Publikum zu wünschen.

Wolfgang Kruse

Hagen in Westfalen, September 2015

1 „Finis Prussiae“: Das Kontrollratsgesetz Nr. 46 als Wendepunkt der deutschen Geschichte

„Am 25. Februar 1947 ist dem preußischen Staat durch das Kontrollratsgesetz Nr. 46 der amtliche Totenschein ausgestellt worden. Dies ist nur die juristische Bestätigung eines Tatbestandes, der Tod selbst ist schon früher eingetreten. Diese sang- und klanglose Beerdigung hat ironischen Stil; Preußen wird so nebenbei verscharrt, sozusagen in einem Massengrab.“ Mit diesen Worten kommentierte „Die Welt“ in ihrer Ausgabe vom 8. März 1947 „Preußens Ende“¹. Diese zeitgenössische Einschätzung und Beurteilung des Gesetzes Nr. 46 des Alliierten Kontrollrats vom 25. Februar 1947 (Kontrollratsgesetz Nr. 46) nahm – vermutlich eher ungewollt und nichtsahnend – die Tonalität vorweg, mit der die historische Forschung in den folgenden Jahrzehnten in ihrer großen Mehrheit die Auflösung des Staates Preußen durch die alliierten Siegermächte beurteilt hat. Von einem zwar spektakulären, aber rechtlich überflüssigen Akt ist in diesem Zusammenhang die Rede, dem höchstens noch symbolhafte Bedeutung zukam², einem verspäteten juristischen Verdikt, das der geschichtlichen Entwicklung hinterher zu hinken schien³, von einem Schritt, der Preußen zu einem rein historischen Begriff habe werden lassen⁴, weil Preußen von diesem Tage an als Bestandteil einer toten Vergangenheit nur noch der Geschichte angehört habe⁵. Wenn vom Totenschein für einen längst Dahingegangenen, von einer Todeserklärung, einem symbolischen Todesstoß, von Todesurteil, Leichenschändung oder davon die Rede ist, dass ein längst Verblichener abermals exekutiert und für tot erklärt wurde, von einer feierlich vollzogenen posthumen Hinrichtung oder gar einem Fußtritt, den siegreiche Esel

1 Zitiert bei Thadden (1981), S. 161, Fn. 18.

2 Vgl. Görtemaker, (2000), S. 198; Thomas (1983), S. 295.

3 Vgl. Craig (1985), S. 10.

4 Vgl. Büsch (1980), S. 9; Unger (2000), S. 275.

5 Vgl. Clark (2007), S. 9; Craig (1985), S. 9f.

einem längst toten Löwen gaben⁶, dann drängt sich fast der Eindruck eines intellektuellen Wettstreits um den pointiertesten Nachruf auf Preußen auf. Charakterisierungen derart, dass es sich beim Kontrollratsgesetz Nr. 46 um einen feierlichen Schritt oder einen sinnwidrigen, skurrilen Beschluss, einem Nachklang oder „Nach-Tauroggen“ seitens der Alliierten gehandelt habe⁷, klingen zwar deutlich zurückhaltender, weisen aber in die gleiche Richtung einer rein vergangenheitsbezogenen Würdigung des – in dieser bewussten Tautologie immer wieder so bezeichneten – „definitiven Endes“ Preußens, dass sich als ein langer Prozess darstellt, dessen Schlusspunkt die Auflösung des preußischen Staates durch die juristische, staats- und völkerrechtliche Beglaubigung von de facto längst gegebenen Tatbeständen bildete⁸. Diese rein *posthume* Lesart des Kontrollratsgesetzes Nr. 46 leitet sich aus dem ersten Satz der Präambel und Artikel 1 des Gesetzes ab, wonach der Staat Preußen, „der seit jeher Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland gewesen ist, ...in Wirklichkeit zu bestehen aufgehört“ hat und deshalb mit sämtlichen seiner Institutionen aufgelöst wird⁹. Dieser Lesart stehen in der Literatur aber auch – allerdings auffallend wenige – andere Stimmen gegenüber, die in dem Gesetz weit mehr sehen als einen rein symbolischen oder formalen, administrativen und juristischen Beglaubigungsakt, mit dem aus staats- und völkerrechtlichen Gründen der guten Ordnung halber per Dekret der Siegermächte ein verbindlicher Schlusspunkt unter die Geschichte Preußens als Völkerrechtssubjekt gesetzt wurde¹⁰. Unter Rückgriff und Bezugnahme auf den – in der Literatur weithin vernachlässigten – in der Präambel des Gesetzes im zweiten Satz ebenfalls enthaltenen *zukunftsweisenden* und programmatischen Aspekt über die Ausgestaltung

6 Vgl. zu diesen Charakterisierungen Fest (1991), S. 3; Gornig (2000), S. 260; Haffner (1978), S. 20; Kettenacker (1981), S. 334; Knopp (1980), S. 5; Krockow (1981), S. 10; Mann (1958), S. 982; ders. (1968), S. 260; Thadden (1981), S. 23f.; Unger (2000), S. 275.

7 Vgl. Baumgart (1997), S. 331f.; Mann (1968), S. 260; Schoeps (1981), S. 296; Willoweit (1980), S. 273.

8 Vgl. hierzu Kap. 2.2.

9 Vgl. Amtsblatt (1947), S. 262, wiedergegeben bei Haffner (1978), S. 334f.

10 Vgl. Gornig (2000), S. 261; Kettenacker (1981), S. 313.

künftiger deutscher Staatlichkeit „auf demokratischer Grundlage“¹¹ muss das Kontrollratsgesetz Nr. 46 aus dem Jahre 1947 aber auch im sachlichen und zeitlichen Kontext der von den Alliierten verfolgten endgültigen Lösung des „deutschen Problems“ und aus dieser Perspektive heraus deshalb als der „vielleicht konstruktivste Beitrag“ auf dem Wege dorthin gesehen werden¹². Ganz in diesem Sinne bezeichnete der langjährige US-Militärgouverneur Lucius D. Clay in seinen Erinnerungen das Kontrollratsgesetz Nr. 46 deshalb auch als den wichtigsten Akt des Kontrollrats vor dessen im März 1947 einsetzenden Paralisierung¹³.

Das Kontrollratsgesetz Nr. 46 weist mithin zwei Dimensionen auf: Einerseits sollte Preußen – und die ihm zugrunde liegende Staatsidee als der vermeintlichen „Wurzel allen (deutschen) Übels“¹⁴ – als Antwort auf seine in der Vergangenheit immer wieder als anmaßend angesehene Herausforderung des europäischen Staatensystems für immer von der europäischen Landkarte getilgt werden¹⁵, und zwar durch einen Hoheitsakt der siegreichen Alliierten im Jahre 1947 – und nicht etwa durch deutsche politische Kräfte in den Jahren 1932/33. Zugleich wurde in der Eliminierung Preußens aber auch die Voraussetzung für eine politische Neuordnung des nach seiner vollständigen politischen und militärischen Niederlage zugleich moralisch zutiefst diskreditierten Deutschlands gesehen. Vor dem Hintergrund dieser eng miteinander verbundenen beiden Zielsetzungen des Gesetzes soll dessen komplexe Entstehungs- und Wirkungsgeschichte im Einzelnen nachgezeichnet, analysiert und bewertet werden. Im Mittelpunkt der Untersuchung soll dabei die Auseinandersetzung mit folgenden Fragestellungen stehen: Welche

11 Der zweite Satz der Präambel lautet vollständig wie folgt: „Geleitet von dem Interesse an der Aufrechterhaltung des Friedens und der Sicherheit der Völker und erfüllt von dem Wunsch, die weitere Wiederherstellung des politischen Lebens in Deutschland auf demokratischer Grundlage zu sichern, erläßt der Kontrollrat das folgende Gesetz:“. Vgl. Amtsblatt (1947), S. 262 bei Haffner (1978), S. 334f.

12 Vgl. Kettenacker (1981), S. 333. Ähnlich auch Mai (1995), S. 415f. und Willoweit (1980), S. 273f.

13 Vgl. Clay (1950), S. 144; Zink (1957), S. 329f.

14 Vgl. Churchill (1953), S. 95.

15 Vgl. Churchill (1953), S. 491; Schulze Wessel (1995), S. 384.

konkreten Erwägungen haben die Alliierten zum Erlass des Kontrollratsgesetzes Nr. 46 veranlasst, welche Folgewirkungen hat dieses Gesetz in der deutschen Nachkriegsgeschichte entfaltet und wie sind die Deutschen mit der Auflösung des Staates Preußen umgegangen. Hierzu werden folgende Thesen zur Diskussion gestellt:

- Die Eliminierung Preußens aus dem Kreis der deutschen Länder war als kleinster gemeinsamer Nenner der Alliierten die ebenso willkommene wie naheliegende Alternativlösung zu der zwischen den Westmächten und der Sowjetunion während des Zweiten Weltkrieges nie zu Ende geführten Diskussion über eine (Auf-)Teilung Deutschlands nach Kriegsende.
- Das Kontrollratsgesetz Nr. 46 war aus alliierter Sicht der Schlüssel zur endgültigen Lösung der „deutschen Frage“, und zwar gleichermaßen in deren europäischer Bedingtheit als auch bezüglich der inneren Verfasstheit des künftigen Deutschland.
- Der Umgang der Deutschen mit der Auflösung des Staates Preußen offenbart einen unausgesprochenen Konsens zwischen Siegern und Besiegten in dieser Frage.
- Die Vollendung der deutschen Einheit ist (auch) deshalb möglich geworden, weil Preußen nicht mehr existent war und deshalb die „preußisch-deutsche Frage“ einer bundesverträglichen Integration eines etwaigen preußischen Bundeslandes in das Bundesganze nicht mehr zur Diskussion stand. Die Auflösung Preußens durch das Kontrollratsgesetz Nr. 46 hat dadurch letztendlich auch eine von den Alliierten so ursprünglich nicht gedachte dialektische Wirkung erzeugt.

Vor der Auseinandersetzung mit den formulierten Fragestellungen sollen zunächst die historischen Rahmenbedingungen skizziert werden, in deren Kontext das gewählte Thema einzuordnen ist: der Genese der „deutschen Frage“ in ihrer europäischen Dimension und der innerreichlichen „preußisch-deutschen Frage“. Den Kern der Arbeit bildet die anschließende Analyse, Abwägung und Beurteilung der alliierten und der deutschen Sicht auf die Auflösung des Staates Preußen, unter besonderer Berücksichtigung des jeweiligen Preußenbildes der Beteiligten. Die alliierte Sicht soll dabei auf die – für die gewählte Themenstellung maßgeblichen – drei Mächte der „Großen Allianz“ in ihrer Gegensätzlichkeit zwischen den Positionen der Westmächte (USA und Großbritannien) einerseits und der Sowjetunion andererseits beschränkt

bleiben. Die Sichtweisen und Interessenlagen weiterer Mächte auf Seiten der Alliierten (insbesondere Polens und Frankreichs) werden deshalb nur mittelbar thematisiert. Die Herausbildung der deutschen Zweistaatlichkeit als einer unmittelbaren Konsequenz des Kontrollratsgesetzes Nr. 46 bedingt nahezu zwangsläufig, dass die deutsche Rezeption der Auflösung Preußens differenziert für die Bundesrepublik Deutschland und die DDR betrachtet werden muss. Der zeitliche Horizont der Untersuchung erstreckt sich in ihrem Kern auf die Zeit von den ersten Überlegungen der Alliierten über die künftige staatliche Ordnung Deutschlands ab 1941 bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten im Jahre 1949, eingebettet in die für die Erörterung des Themas relevante Vor- und Nachgeschichte.

Im Anschluss an eine zusammenfassende Gegenüberstellung und Bewertung der alliierten und der deutschen Sicht auf die Auflösung Preußens soll eine kurze Betrachtung der preußischen Nachgeschichte im Kontext des Prozesses zur Vollendung der Deutschen Einheit zu der abschließenden und weiterführenden Frage überleiten – die hier nur angerissen werden kann –, ob und wenn ja in welcher Form es im vereinten Deutschland für Preußen über seine „Musealisierung“ als einer über Jahrhunderte zwar wirkungsmächtigen, inzwischen aber nur noch rein historischen Kategorie hinaus doch noch eine politisch lebendige Perspektive geben kann, ohne das durch das Kontrollratsgesetz Nr. 46 unwiderruflich geschaffene Recht in Frage zu stellen.

Die Forschungsliteratur zur „deutschen Frage“ in ihrer historischen Tiefendimension, zur preußischen Geschichte und zur deutschen Teilungsproblematik ist schier unerschöpflich¹⁶. Zu der hier im Mittelpunkt stehenden Auflösung Preußens durch das Kontrollratsgesetz Nr. 46 hat sich die Forschung vor allem auf eine Vielzahl von Nachrufen beschränkt¹⁷, wohingegen die Wechselwirkungen des Auflösungsbeschlusses mit der deutschen

16 Vgl. hierzu die umfangreichen Bibliographien in den einschlägigen Bänden von „Gebhardts Handbuch der deutschen Geschichte“, in der mehrbändigen Anthologie „Moderne Preußische Geschichte 1648–1947“, hrsg. v. Otto Büsch und Wolfgang Neugebauer, in dem ebenfalls mehrbändigen „Handbuch der preussischen Geschichte“, hrsg. v. Wolfgang Neugebauer sowie die Auswahlbibliographien bei Clark (2007) und Gruner (1993).

17 Vgl. Fn. 1–8.

Teilungsfrage und die über eine Grabrede weit hinaus reichenden zukunftsweisenden Wirkungen des Gesetzes weithin verkannt worden sind und deshalb bislang nur wenig Beachtung gefunden haben¹⁸.

18 Vgl. Gruner (1993), S. 204–217; Kettenacker (1981); ders. (1984); ders. (1989), S. 486–494; Mai (1995), S. 415–435, Schulze Wessel (1995), S. 321–388; ders. (1995a); ders. (2000), S. 780–787.